

Synopse

Teilrevision Freizeitgartengesetz

Stand 03.12.2020, Version für öffentliche Vernehmlassung

Geltendes Recht	Entwurf Teilrevision
Gesetz über Freizeitgärten	Gesetz über Freizeitgärten
vom 19. Dezember 2012	
<i>Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt,</i>	<i>Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt,</i>
nach Einsichtnahme in den Ratschlag des Regierungsrates Nr. 12.1036.01 vom 3. Juli 2012 sowie in den Bericht der Bau- und Raumplanungskommission Nr. 12.1036.02 vom 20. November 2012,	nach Einsichtnahme in den Ratschlag des Regierungsrates Nr. [P-Nr. eingeben] vom [Datum eingeben] sowie in den Bericht der [Kommission eingeben] Nr. [Nr. eingeben] vom [Datum eingeben],
<i>beschliesst:</i>	<i>beschliesst:</i>
	Gesetz über Freizeitgärten vom 19. Dezember 2012 (Stand 1. Juni 2013) wird wie folgt geändert:
I. Schutz der Freizeitgärten	I. Schutz der Freizeitgärten
§ 1 Anwendungsbereich	§ 1 Anwendungsbereich
¹ Die Bestimmungen der §§ 1–5 sind anwendbar auf Freizeitgartenareale, welche vom Kanton oder von den Gemeinden Bettingen und Riehen innerhalb und ausserhalb des Kantonsgebiets bereitgestellt werden.	¹ <i>unverändert</i>
§ 2 Grundsätze	§ 2 Grundsätze
¹ Kanton und Gemeinden sorgen für die Bereitstellung und langfristige Sicherung eines genügenden Angebots an Freizeitgärten innerhalb und ausserhalb des Kantonsgebiets für die im Kanton wohnhafte Bevölkerung.	¹ <i>unverändert</i>
² Insgesamt sollen Freizeitgartenareale im Umfang von mindestens 82 Hektaren zur Verfügung stehen, davon wenigstens 40 Hektaren auf Stadtgebiet.	² <i>unverändert</i>
³ Freizeitgärten sollen sich in Wohnortnähe befinden.	³ <i>unverändert</i>

Geltendes Recht	Entwurf Teilrevision
<p>§ 3 Schutzmassnahmen</p> <p>¹ Die Bereitstellung und langfristige Sicherung der Freizeitgartenareale werden insbesondere gewährleistet durch:</p> <p>a) die kommunale Nutzungsplanung, insbesondere durch Zuweisung der Areale in eine spezielle Nutzungszone;</p> <p>b) Abschluss langfristiger Nutzungsverträge;</p> <p>c) Erwerb geeigneter Gebiete.</p> <p>² Gartenareale auf Stadtgebiet sind in der Regel zonenrechtlich zu schützen.</p>	<p>§ 3 Schutzmassnahmen</p> <p>¹ <i>unverändert</i></p> <p>a) <i>unverändert</i></p> <p>b) <i>unverändert</i></p> <p>c) <i>unverändert</i></p> <p>² <i>unverändert</i></p>
<p>§ 4 Aufwertung der bestehenden Areale</p> <p>¹ Bestehende Freizeitgartenareale sollen mit geeigneten Massnahmen qualitativ aufgewertet werden, insbesondere dadurch, dass sie mit öffentlichen Grünflächen und Freizeitangeboten verbunden werden.</p>	<p>§ 4 Aufwertung der bestehenden Areale</p> <p>¹ <i>unverändert</i></p> <p>² <u>Kanton und Gemeinden bezeichnen in den Freizeitgartenarealen die öffentlich zugänglichen und nicht öffentlich zugänglichen Bereiche.</u></p>
	<p>§ 4a <u>Funktionen der Freizeitgärten</u></p> <p>¹ <u>Freizeitgartenareale dienen der Freizeitbeschäftigung und der Erholung der Bevölkerung.</u></p> <p>² <u>Freizeitgartenareale fördern als strukturreiche und vielfältige Lebensräume für Tiere und Pflanzen die Biodiversität.</u></p> <p>³ <u>Freizeitgartenareale tragen zur Umweltbildung der Bevölkerung bei (.</u></p> <p>⁴ <u>Freizeitgartenareale unterstützen eine nachhaltige Ernährung.</u></p>

Geltendes Recht	Entwurf Teilrevision
	<u>5 Freizeitgartenareale tragen zu besseren klimatischen Bedingungen bei und erhöhen die Lebensqualität im Quartier.</u>
<p>§ 5 Aufhebung von Freizeitgärten</p> <p>¹ Müssen Gartenareale oder Teile davon aus überwiegenden öffentlichen Interessen, beispielsweise zur Aufwertung im Sinne des § 4, oder aus zwingenden Gründen, aufgehoben werden, ist der betroffenen Pächterin oder dem betroffenen Pächter ein Ersatzgarten in gleicher Qualität anzubieten.</p> <p>² Nachträglich unnütz gewordene Aufwendungen und Investitionen der Pächterinnen und Pächter sind angemessen zu entschädigen.</p>	<p>§ 5 Aufhebung von Freizeitgärten</p> <p>¹ Müssen Gartenareale oder Teile davon aus überwiegenden öffentlichen Interessen, beispielsweise zur Aufwertung im Sinne <u>von</u> § 4, oder aus zwingenden Gründen, aufgehoben werden, ist der betroffenen Pächterin oder dem betroffenen Pächter <u>soweit möglich</u> ein Ersatzgarten in gleicher Qualität anzubieten.</p> <p>² Nachträglich unnütz gewordene Aufwendungen und Investitionen der Pächterinnen und Pächter sind angemessen zu entschädigen, <u>welche auf einen Ersatzgarten verzichten, kann in Ausnahmefällen zusätzlich zum Inventarwert gemäss § 10 Abs. 3 eine angemessene Entschädigung bezahlt werden.</u></p>
II. Verpachtung der Freizeitgärten durch den Kanton	II. Verpachtung der Freizeitgärten durch den Kanton
1. Verpachtung innerhalb des Kantons	1. Verpachtung innerhalb des Kantons
<p>§ 6 Pachtverträge</p> <p>¹ Die Abgabe von Freizeitgärten durch das zuständige Amt erfolgt über langfristige Pachtverträge.</p> <p>² Freizeitgärten werden hauptsächlich an im Kanton wohnhafte Personen in der Reihenfolge ihrer Anmeldungen und unter Berücksichtigung ihrer Wohnquartiere abgegeben.</p> <p>³ Das zuständige Departement legt fest, unter welchen Bedingungen Gärten an Personen verpachtet werden können, welche nicht oder nicht mehr im Kanton wohnhaft sind.</p>	<p>§ 6 Pachtverträge</p> <p>¹ <i>unverändert</i></p> <p>² <i>unverändert</i></p> <p>³ Das zuständige Departement legt fest, unter welchen Bedingungen Gärten an <u>Personen verpachtet werden können</u> <u>gemeinnützige Institutionen oder an Personen, welche nicht oder nicht mehr im Kanton wohnhaft sind, verpachtet werden können.</u></p>

Geltendes Recht	Entwurf Teilrevision
<p>§ 7 Freizeitgarten-Vereine</p> <p>¹ Die Pachtvergabe erfolgt mit der Auflage, dass die einzelnen Pächter und Pächterinnen sich in Freizeitgarten-Vereinen zusammenschliessen und organisieren.</p> <p>² In der Regel ist für jedes Freizeitgartenareal je ein separater Verein zu gründen.</p> <p>³ Die Vereinsstatuten müssen vorsehen, dass jede Person, die im betreffenden Areal einen Freizeitgarten pachtet, mit Abschluss des Pachtvertrags Mitglied des Vereins wird und dass diese Mitgliedschaft mit Beendigung des Pachtvertrags endet.</p> <p>⁴ Im Übrigen müssen die Vereine sich geeignete Statuten geben, um gewährleisten zu können, dass ihre Mitglieder die von der Freizeitgartenkommission erlassenen Reglemente einhalten. Die Freizeitgartenkommission kann den Vereinen weitere Aufgaben zuweisen.</p>	<p>§ 7 Freizeitgarten-Vereine</p> <p>¹ <i>unverändert</i></p> <p>² <i>unverändert</i></p> <p>³ Die Vereinsstatuten müssen vorsehen, dass jede Person, die im betreffenden Areal einen Freizeitgarten pachtet, mit Abschluss des Pachtvertrags Mitglied des Vereins wird und dass diese Mitgliedschaft mit Beendigung des Pachtvertrags endet. <u>Ausserdem bestimmen die Vereinsstatuten die Gründe, aus denen ein Mitglied ausgeschlossen wird.</u></p> <p>⁴ <i>unverändert</i></p>
<p>§ 8 Pächterinnen und Pächter</p> <p>¹ Die Pächterinnen und Pächter sind verpflichtet, die von der Freizeitgartenkommission erlassenen Reglemente einzuhalten.</p>	<p>§ 8 Pächterinnen und Pächter</p> <p>¹ Die Pächterinnen und Pächter sind verpflichtet, <u>ihre Gärten nach anerkannten Grundsätzen des biologischen Anbaus zu bewirtschaften und</u> die von der Freizeitgartenkommission erlassenen Reglemente einzuhalten.</p> <p>² <u>Die auf den Freizeitgärten befindlichen Gartenhäuser stehen im Eigentum der jeweiligen Pächterinnen und Pächter und sind Teil des zu schätzenden Inventarwerts.</u></p>
<p>§ 9 Entzug des gepachteten Landes</p> <p>¹ Bei groben Verstössen kann den Pächterinnen und Pächtern, welche die Vorschriften nicht einhalten, das gepachtete Land sofort und ohne Entschädigung entzogen werden.</p>	<p>§ 9 <i>aufgehoben</i></p>

Geltendes Recht	Entwurf Teilrevision
<p>§ 10 Kündigung der Pachtverträge</p> <p>¹ Werden gemäss § 5 Freizeitgärten aufgehoben, haben die Kündigungen der Pachtverträge in der Regel vor dem 31. Dezember auf Ende des nächsten Jahres zu erfolgen.</p> <p>² Pächterinnen und Pächtern, welche auf einen Ersatzgarten verzichten, kann eine angemessene Entschädigung bezahlt werden.</p>	<p>§ 10 Kündigung der Pachtverträge</p> <p>¹ <u>Werden gemäss § 5 Freizeitgärten aufgehoben, haben Pächterinnen und Pächter können die Kündigungen der Pachtverträge in der Regel vor dem 31. Dezember auf Ende des nächsten Jahres zu erfolgen mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich kündigen.</u></p> <p>² <u>Pächterinnen und Pächtern, welche auf einen Ersatzgarten verzichten, kann Bei groben Verstössen oder einem Ausschluss des Mitglieds aus dem Freizeitgartenverein erfolgt eine angemessene Entschädigung bezahlt werden fristlose Kündigung. Ansonsten geht der Kündigung eine Mahnung durch das zuständige Amt voraus und die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate.</u></p> <p>³ <u>Nach der Kündigung wird der auf der Parzelle befindliche Inventarwert gemäss den geltenden Schätzungsrichtlinien der Freizeitgartenkommission geschätzt.</u></p> <p>⁴ Werden gemäss § 5 Freizeitgärten aufgehoben, haben die Kündigungen der Pachtverträge in der Regel vor dem 31. Dezember auf Ende des nächsten Jahres zu erfolgen.</p>
<p>§ 11 Freizeitgartenkommission</p> <p>¹ Die Freizeitgartenkommission besteht aus 7 Mitgliedern. Die Vorsteherin oder der Vorsteher des zuständigen Departements sowie die Leiterin oder der Leiter des zuständigen Amtes gehören ihr von Amtes wegen an. Die restlichen Mitglieder werden vom Regierungsrat auf seine Amtsdauer gewählt, drei davon auf Vorschlag des Zentralverbandes der Basler Freizeitgarten-Vereine.</p> <p>² Den Vorsitz hat die Vorsteherin oder der Vorsteher des zuständigen Departements. Sie oder er kann den Vorsitz ausser bei der Behandlung von Rekursen der Leiterin oder dem Leiter des zuständigen Amtes übertragen.</p> <p>³ Der Freizeitgartenkommission kommen insbesondere folgende Aufgaben zu:</p> <p>a) Aufsicht über die Freizeitgärten;</p>	<p>§ 11 Freizeitgartenkommission</p> <p>¹ Die Freizeitgartenkommission besteht aus <u>sieben</u> Mitgliedern. Die Vorsteherin oder der Vorsteher des zuständigen Departements sowie die Leiterin oder der Leiter des zuständigen Amtes gehörten ihr von Amtes wegen an. Die restlichen Mitglieder werden vom Regierungsrat auf seine Amtsdauer gewählt, drei davon auf Vorschlag des Zentralverbandes der Basler Freizeitgarten-Vereine.</p> <p>² Den Vorsitz hat <u>die Leiterin oder der Leiter des zuständigen Amtes</u>. Sie oder er kann den Vorsitz <u>einem anderen Mitglied der Kommission</u> übertragen.</p> <p>³ Der Freizeitgartenkommission kommen insbesondere folgende Aufgaben zu:</p> <p>a) <i>unverändert</i></p>

Geltendes Recht	Entwurf Teilrevision
<p>b) Festsetzung der Pachtzinsen und Entschädigungen bei Kündigung durch das zuständige Amt;</p> <p>c) Erlass von Reglementen mit Vorschriften insbesondere über Anlegung, Bepflanzung und Unterhalt der Freizeitgärten;</p> <p>d) Festlegung der Aufgaben der Freizeitgarten-Vereine;</p> <p>e) Behandlung von Rekursen gegen Entscheide des zuständigen Amtes.</p>	<p>b) Festsetzung der Pachtzinsen und Entschädigungen bei Kündigung durch das zuständige Amt <u>gemäss § 5 Abs. 2;</u></p> <p>c) <i>unverändert</i></p> <p>d) <i>unverändert</i></p> <p>e) <i>aufgehoben</i></p>
<p>§ 12 Das zuständige Amt</p> <p>¹ Das zuständige Amt sorgt für die Durchsetzung der Bestimmungen dieses Abschnitts sowie der von der Freizeitgartenkommission erlassenen Reglemente und erlässt die hierzu notwendigen Verfügungen.</p>	<p>§ 12 Das zuständige Amt</p> <p>¹ Das zuständige Amt sorgt für die Durchsetzung der Bestimmungen dieses Abschnitts sowie der von der Freizeitgartenkommission erlassenen Reglemente und erlässt die hierzu notwendigen Verfügungen. <u>Es ist berechtigt, zur Wahrnehmung dieser Aufgabe Personendaten, inklusive besonderer Personendaten nach § 3 Abs. 4 des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (Informations- und Datenschutzgesetz, IDG) vom 9. Juni 2010, zu bearbeiten und bei anderen öffentlichen Organen einzufordern.</u></p> <p>² Das zuständige Amt unterstützt die Freizeitgartenkommission bei der Wahrnehmung der Aufgaben gemäss § 11 Abs. 3.</p>
<p>§ 13 Rechtsweg</p> <p>¹ Gegen Verfügungen des zuständigen Amtes kann Rekurs an die Freizeitgartenkommission erhoben werden.</p> <p>² Im Übrigen richtet sich das Verfahren nach dem Gesetz betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt.</p>	<p>§ 13 Rechtsweg</p> <p>¹ Gegen Verfügungen <u>und Kündigungen</u> des zuständigen Amtes kann Rekurs an die Freizeitgartenkommission <u>bei der Vorsteherin oder dem Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartements</u> erhoben werden.</p> <p>² Im Übrigen <u>Das Verfahren</u> richtet sich das Verfahren nach dem Gesetz betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt <u>(Organisationsgesetz, OG) vom 22. April 1976.</u></p>

Geltendes Recht	Entwurf Teilrevision
2. Verpachtung ausserhalb des Kantonsgebiets	2. Verpachtung ausserhalb des Kantonsgebiets
<p>§ 14 Analoge Regelung</p> <p>¹ Das zuständige Amt trifft die notwendigen vertraglichen Abmachungen, um die Verpachtung von Gärten ausserhalb des Kantonsgebiets, insbesondere die Rechte und Pflichten der Pächterinnen und Pächter, soweit möglich analog zur Verpachtung innerhalb des Kantonsgebiets zu regeln.</p>	<p>§ 14 Analoge Regelung</p> <p>¹ <i>unverändert</i></p>
III. Verpachtung der Freizeitgärten durch die Gemeinden	III. Verpachtung der Freizeitgärten durch die Gemeinden
<p>§ 15 Die Gemeinden</p> <p>¹ Die Gemeinden regeln die Verpachtung der von ihnen zur Verfügung gestellten Gärten, die Zuständigkeiten sowie den gemeindeinternen Rechtsweg selbst.</p>	<p>§ 15 Die Gemeinden</p> <p>¹ <i>unverändert</i></p>
IV. Ausführungs- und Schlussbestimmungen	IV. Ausführungs- und Schlussbestimmungen
<p>§ 16 Ausführungsbestimmung</p> <p>¹ Der Regierungsrat kann Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erlassen.</p>	<p>§ 16 Ausführungsbestimmung</p> <p>¹ <i>unverändert</i></p>
<p>Schlussbestimmung Dieses Gesetz ist zu publizieren. Es unterliegt dem Referendum. Der Regierungsrat bestimmt nach Eintritt der Rechtskraft den Zeitpunkt der Wirksamkeit. ¹⁾ Auf den gleichen Zeitpunkt wird der Grossratsbeschluss betreffend Verpachtung von Familiengärten vom 16. November 1994 aufgehoben.</p>	<p>Schlussbestimmung</p>
	II.
	<i>Keine Änderung anderer Erlasse.</i>

¹⁾ Wirksam seit 1. 6. 2013.

Geltendes Recht	Entwurf Teilrevision
	III.
	<i>Keine Aufhebung anderer Erlasse.</i>
	IV.
	Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.. [Behörde]